

protocole regardant la délimitation de la frontière entre le territoire rétrocédé à la Moldavie et le reste de la Bessarabie, signé à Paris, le 6 janvier 1857 (p. 80), des documents (télégrammes, notes, procès-verbaux) relatifs au moment 1878, quand les Grandes Puissances ont décidé que les trois départements du sud de la Bessarabie soient à nouveau rendus à la Russie (p. 87-96), des documents datant de 1918-1922, relatifs à l'union de la Bessarabie à la Roumanie et la ratification de cet acte (sur le plan interne et international). Les notes soviétiques, ainsi que les cartes des ainsi-dites négociations roumano-soviétiques de 1940 (publiées toujours pour la première fois) figurent parmi les documents les plus intéressants de ce volume.



CORNEL CONSTANTIN ILIE

GERALD VOLKMER

**Die Siebenbürgische Frage (1878-1900).
Der Einfluss der rumänischen National-
bewegung auf die diplomatischen
Beziehungen zwischen Österreich-
Ungarn und Rumänien**

Studia Transylvanica, Band 31, Böhlau
Verlag, Köln-Weimar-Wien 2004

SIEBENBÜRGEN UND wieder Siebenbürgen: *historische Betrachtungen* heißt ein von Professor Dr. David Prodan, Mitglied der Rumänischen Akademie der Wissenschaften, 1992, bzw. 2002 veröffentlichtes Werk. Prodan führt den einfachen Leser in der Geschichte dieses geographisch-politischen Raumes ein, indem er die heutige politisch-nationale Zugehörigkeit Siebenbürgens zu Rumänien historisch und rührselig rechtfertigt. Doch ist auch die Sensibilität zu Siebenbürgen festzustellen,

nicht nur für den Rumänen sondern auch für andere in diesem Raum lebende Nationalitäten, sowie alle damit verbundenen national-religiösen und sozial-politischen historischen Entwicklungen bzw. gegenwärtigen Problemen und Gegebenheiten.

Im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte hat sich die Geschichtsschreibung, egal mit welchem ethnischen, politischen oder ideologischen Hintergrund, ständig bemüht, sich mit den Nachwehen der „Siebenbürgischen Frage“ auseinanderzusetzen und wissenschaftlich Antworten zu geben. Trotz dieser historiographischen Perspektive kann man feststellen, dass es zu dieser Frage und ihrer Rolle in den zwischenstaatlichen Beziehungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sie zu einer „nationalen Frage“ im mittleren und östlichen Europa wurde, kaum eine historisch-wissenschaftlich fundierte Darstellung (nicht nur) in den Sprachen Westeuropas gibt. Ein gebürtiger siebenbürgisch-sächsischer Historiker, Gerald Volkmer (1974 in Kronstadt geboren), seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilian-Universität München, hat sich in seiner Dissertation, die 2004 an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz angenommen wurde, die Aufgabe gestellt, die „Siebenbürgische Frage“ von der Zeitspanne der Anerkennung der Unabhängigkeit des modernen rumänischen Nationalstaates (1878) schrittweise bis zur Jahrhundertwende, bzw. zusammenfassend bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der Unterzeichnung des Friedens von Trianon darzustellen. Da der deutschsprachige Autor nicht nur die österreich-ungarischen, bzw. deutschen Quellen, Literatur und Archivbestände, sondern durch seine siebenbürgischen Wurzeln

auch die rumänischen genau untersuchen konnte, repräsentiert diese historische Forschung eine Pionierarbeit, die ein bedeutender Schritt für die Südosteuropäische Geschichte und Historiographie im allgemein darstellt.

Im ersten Kapitel definiert Volkmer die Siebenbürgische Frage als den „Streit um Siebenbürgen“, eine Auseinandersetzung um die politische Gleichstellung der Siebenbürger Rumänen, fast die absolute Bevölkerungsmehrheit der Region, sowie der Forderung der Sachsen nach Wiedereinsetzung ihrer alten Privilegien und die Wiederherstellung der nach dem österreich-ungarischen Ausgleich (1867) verlorenen Autonomie des alten Großfürstentums Siebenbürgen. Erst nach der Entstehung des unabhängigen rumänischen Nationalstaates bzw. nachdem das Schicksals der unterdrückten „Brüder“ aus Siebenbürgen wahrgenommen wurde und man den Ungarn zu Hilfe kam, wurde die Siebenbürgische Frage von einer innenpolitischen Angelegenheit der ungarischen Reichshälfte zum Objekt zwischenstaatlicher Beziehungen. Neben der zeitlichen Eingrenzung des Themas, vom Berliner Kongress bis zur Jahrhundertwende, unternimmt der Verfasser auch eine Präzisierung des geographischen Raumes die die Siebenbürgische Frage betrifft und zwar nicht nur des mittelalterliche Siebenbürgens, sondern des erweiterten „Siebenbürgenbegriffs“, der auch das Banat, das Kreischgebiet und die Marmarosch umfasst.

Eine Einführung in das Thema wird im zweiten Kapitel, das die Siebenbürgische Frage und die österreichisch-(ungarisch)-rumänischen Beziehungen in der Zeitspanne zwischen der Vereinigung der zwei rumänischen Fürstentümer (1859) und die Anerkennung der Unabhängigkeit des jungen rumänischen Staates (1878) darstellt,

durchgeführt. Unter der Siebenbürgischen Frage, gesehen im Rahmen der Doppelmonarchie, versteht es der Verfasser die innerpolitischen und nationalen Entwicklungen der ungarischen Reichshälfte wieder aufzubauen, indem er auf einer Seite die von der Budapester Regierung geführte Nationalitätenpolitik in Siebenbürgen präsentiert und auf der anderen die Nationalbewegungen der Siebenbürger Rumänen und Sachsen erläutert.

Der Kern der Arbeit verkörpert der Inhalt des 3., 4. und 5. Kapitel, die eine gleiche Gliederung des Materials in drei aufeinander folgenden Unterkapitel verfolgt und in welchen „die Grundlinien der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien“, „die Siebenbürgische Frage“ und „der Einfluß der Siebenbürgischen Frage auf die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien“ beschrieben werden. Volkmer analysiert die Siebenbürgische Frage und ihren Bezug auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in drei Zeitspannen, die den drei verschiedenen Phasen der österreichisch-ungarisch-rumänischen Beziehungen entsprechen. Die erste Etappe deckt ein Zeitintervall von fünf Jahren ab und stimmt mit Österreich-Ungarns und Rumäniens Politik der „freien Hand“ in der Siebenbürgischen Frage vom Berliner Kongress bis zum Anschluss Rumäniens an den Zweibund im Jahre 1883 überein. Der Verfasser zeigt, wie, neben der Donaufrage, dem Problem der Proklamation des Königreiches, dem Streit um den Viehexport und der Bündnisfrage, vor allem die heikle Siebenbürgische Frage, der in Europa herrschende Nationalismus und die steigenden großrumänischen Bestrebungen in Politik und Gesellschaft, die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, bestimmte. Die zwei-

te Phase der zwischenstaatlichen Kontakte im Zeichen der Siebenbürgischen Frage deckt eine Zeitspanne von knapp einem Jahrzehnt ab, das vom „Ringens um den Erhalt des geheimen Bündnisses“ gekennzeichnet war. Volkmer erläutert neben der Bündnisfrage und dem Zollkrieg (1886-1891), der besonders die siebenbürgische Wirtschaft betroffen hatte und die rumänisch-sächsische Abneigung gegen Budapest steigerte, das Erreichen eines ersten Höhepunktes in der irredentistischen Bewegung Rumäniens, die sich vor allem im Rahmen der Gesellschaft „Carpații“ versammelte und sich als Ziel setzte, die Nationalbewegung der Siebenbürger Rumänen auf beiden Seiten der Karpaten zu unterstützen. Es wird offensichtlich, wie unter dem diplomatischen Druck Wiens und der Strebungen Bukarests sich an den Zweibund zu halten, die Siebenbürgische Frage eine politische Waffe in den Händen der rumänischen Regierung, respektive der Opposition geworden und in der rumänischen Öffentlichkeit entweder benutzt oder hinausgedrängt worden war. Trotz aller politisch-nationalen Schwierigkeiten und Komplikationen ist in dieser Zeit eine Stabilisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen festzustellen. Die dritte Etappe der politisch-diplomatischen Verwicklungen zwischen Wien, Budapest und Bukarest entspricht den Jahren 1892 bis 1900 und steht unter dem Zeichen der Konfrontation und des Kompromisses. In dieser Zeitspanne, bemerkt Volkmer, dominiert die Siebenbürgische Frage die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien. Die Erklärung dieser Feststellung findet man in der seit 1892 stetig zunehmende Härte, mit der die ungarischen Regierungen die Nationalitätenfrage behandelten, eine Politik,

auf die in Rumänien mit einer bis dahin noch nie gekannten Solidaritätswelle für die Siebenbürger Rumänen geantwortet wurde. Der Verfasser konstatiert innerhalb seines Untersuchungszeitraumes, dass im Kontext der Memorandum-Bewegung (1892-1895) diese Phase die weitgehend intensivste zwischenstaatliche Auseinandersetzung zwischen Wien und Budapest auf einer Seite und Bukarest auf der anderen Seite darstellt. 1894 versuchten die Eliten der siebenbürgischen Rumänen durch ein Memorandum an Kaiser Franz-Joseph eine Verbesserung ihrer politisch-nationalen Lage und eine Reform der Reichsstruktur zu erzwingen. Durch die von der rumänischen Presse und der „Liga für die kulturelle Einheit der Rumänen“ europaweit geführten Kampagne zugunsten der Memorandisten, die von der Budapester Regierung zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, wurde die Siebenbürgische Frage gleichzeitig über die Grenzen Rumäniens und der Doppelmonarchie hinaus zu einem feststehenden Begriff und zum zentralen Konflikt innerhalb der rumänisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen, die alle anderen Themen für paar Jahren in den Hintergrund drängte. Im Kontext der Memorandum-Bewegung zeigt der Verfasser einerseits wie dieser Moment durch den nationalliberalen Politiker Dimitrie A. Sturdza instrumentalisiert wurde, um die konservative Regierung von Lascăr Catargiu innen- wie außenpolitisch zu kompromittieren und schließlich abzulösen. Andererseits kommt an dieser Stelle auch der Gegensatz zwischen der k.u.k.-außenpolitischen Linie auf der einen Seite zutage, die auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu Rumänien auf Konzessionen Ungarns gegenüber dem rumänischen Bevölkerungsanteil drängte

und der Budapester Regierung auf der anderen Seite, die ihre eigenen Interessen vertrat und andere Prioritäten als Wien und Bukarest setzte. Zu einer Entschärfung des Konfliktes kam es erst 1895 nach der Begnadigung der verurteilten Memo-randisten durch den Kaiser und Sturdzas Regierungsübernahme in Bukarest. Eine langfristige Entspannung des österreichisch-ungarisch-rumänischen Verhältnisses folgte nur nach der Lösung der finanziellen Forderung der rumänischen Schulen in Kronstadt durch die Einigung zwischen den Regierungen von Budapest und Bukarest in den Jahren 1899/1900.

In dem nächsten Kapitel seiner Forschung unterstreicht Volkmer die wichtigsten Ereignisse in Österreich-Ungarn, Rumänien und Europa, die eine unmittelbare Auswirkung auf das Werden der Siebenbürgischen Frage von der Jahrhundertwende bis zum Kriegseintritt Rumäniens 1916 gehabt hatten. Der Verfasser schließt seine Arbeit mit einer Zusammenfassung ab, die von einem gewöhnlichen Anhang, Quellen- bzw. einem Literaturverzeichnis und Personenregister ergänzt wird.

Da die vorliegende Monographie einen umfassenden Überblick über die österreichisch-ungarisch-rumänische zwischenstaatlichen Beziehungen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bietet, leistet Volkmer einen zentralen Beitrag zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Nationalbewegung und „Großer Politik“ im mittleren und östlichen Europa, was nicht nur zum Schließen einer historiographischen Forschungslücke führt, sondern für ein besseres Verständnis der noch bemerkbaren zwischenstaatlichen und interethischen Verhältnisse im Karpatenraum hilfreich ist. Nicht nur aus diesen Gründen wäre es wünschenswert, dass Gerald Volkmers Arbeit

in der Zukunft auch in einer rumänischen, beziehungsweise ungarischen Übersetzung vorliegen würde.

□

MIRCEA GHEORGHE ABRUDAN

 GIOVANNA MOTTA, ed.

Studi sull'Europa orientale: Un bilancio storiografico. Una nuova generazione di storici (1970–2010)

Florence: Passigli Editori, 2012

FOR QUITE some time, a distinct direction in historiographical research—the *history of Eastern Europe*—has been operating in Italy. It has become institutionalized at the level of the higher education system in the form of dedicated chairs, research centers, and publications. This attention paid to the eastern part of Europe demonstrates that Western culture is interested in the matters pertaining to a different space, marked by different and even traumatic historical experiences, namely, the totalitarian regimes of the 20th century. The earlier interest in Eastern Europe shown by Italian historiography saw a considerable increase after the changes of 1989, when the communist regimes in this region collapsed and the countries embarked upon a transition to democracy and the rule of law. The move from “the smaller to the greater Europe,” as Pierre Chaunu once said, alluding to a different set of historical realities, which came with the EU accession of the countries of Central and Eastern Europe, first in 2004 and then in 2007, gave new impetus to both the political and the cultural and historiographical thought of Western Europe. The eastward enlargement of the EU instantly turned the people